

Nr. 20/406

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gesetzliche Ermächtigungen für Hunderauslauf in Bremen einführen – Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege und des Feldordnungsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 2020
(Drucksache [20/654](#))
2. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 14 vom 4. Dezember 2020
(Drucksache [20/738](#))
3. Zuwendungsrecht modernisieren – unnötige Bürokratie und Hemmnisse für Träger abbauen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 10. November 2020
(Drucksache [20/704](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/797](#))
4. Lebenslanges Lernen als Berufsqualifizierung: Wird die Fort- und Weiterbildungsstruktur im Land Bremen dem Anspruch guter Bildungsqualität gerecht?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 30. November 2020
(Drucksache [20/725](#))
5. Welche Bedeutung hat die faire Verteilung und Organisation von Sorgearbeit in Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 14. Dezember 2020
(Drucksache [20/754](#))
6. Wird die Corona-Pandemie geschlechtergerecht bewältigt?
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 17. Dezember 2020
(Drucksache [20/761](#))
7. Prävention, Deradikalisierung und Gefahrenabwehr im Bereich Islamismus
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Februar 2021
(Neufassung der Drucksache [20/763](#) vom 21. Dezember 2020)
(Drucksache [20/837](#))

Nr. 20/407

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 22. Februar 2021

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. 2. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung
vom 24. März 2020
(Drucksache [20/330](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 2. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.
2. Stellungnahme des Senats zum 2. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung
Mitteilung des Senats vom 8. September 2020
(Drucksache [20/597](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 2. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.
3. 2. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung und Stellungnahme des Senats
Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/816](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.
4. 14. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
vom 24. März 2020
(Drucksache [20/331](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 14. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.
5. Stellungnahme des Senats zum 14. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
Mitteilung des Senats vom 8. September 2020
(Drucksache [20/598](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 14. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.
6. 14. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/817](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.
7. Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen – 24. Coronaverordnung
Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 18. Februar 2021
(Drucksache [20/835](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 20/408

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Jörg Zager, Volker Stahmann, Martin Günthner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD, Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE sowie Maurice Müller, Sülmez Dogan, Dr. Henrike Müller, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Lloyd-Werft Bremerhaven: Schiffbaukompetenz erhalten – Arbeitsplätze sichern!“

Nr. 20/409

Verlust von Flügelausrüstung im deutschen Flugzeugbau droht: Kernkompetenz am Bremer Airbus-Standort erhalten, „Flugzeug von morgen“ gemeinsam entwickeln!

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, der CDU und der FDP

vom 23. Februar 2021

(Drucksache [20/839](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) steht entschlossen zum Bremer Airbus-Standort und unterstützt alle Anstrengungen, die Forschung und Entwicklung, die Produktion wesentlicher Komponenten und die qualifizierte Beschäftigung vor Ort zu sichern.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundes- und europäischer Ebene weiterhin für den Verbleib der Flügelausrüstung am Airbus-Standort Bremen einzusetzen. Die „Prozesskette Wing-High-Lift“ ist eine Kernkompetenz der Flugzeugfertigung in der deutschen Luftfahrtindustrie.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Bundesregierung auf, ihren Einfluss zu nutzen, um für alle deutschen Standorte ein für den Flugzeugbau systemrelevantes Arbeitspaket abzusichern.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest: Oberste Priorität aller Bemühungen ist es, den Bremer Standort in der Fertigungskette des Flugzeugbaus zu halten und ihn an der Entwicklung des „Flugzeugs von morgen“ zu beteiligen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht das Repair-Geschäft als zukunftsfähiges und der Nachhaltigkeit dienliches weiteres Arbeitsfeld an, es stellt jedoch keinen Ersatz für die Kernkompetenz in der Prozesskette in der Flugzeugproduktion dar.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht im Bremer Standort großes Potenzial für die weitere Entwicklung nachhaltiger Zukunftstechnologien in den Feldern „grünes Fliegen“ und Wasserstoff- und Materialforschung. Mit der Verbindung aus Engineering- und Fertigungskompetenz, dem Vorantreiben divisionsübergreifender Synergieeffekte in Zusammenarbeit mit der lokalen Forschungslandschaft und der bestehenden Kompetenzbündelung aus Wirtschaft und Wissenschaft (zum Beispiel im Rahmen des ECOMAT) liegen ideale Voraussetzungen vor, zukunftsweisende Forschung und Entwicklung in Bremen voranzubringen.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit fortlaufend und regelmäßig zu berichten.

Nr. 20/410

Moderne Arbeit braucht einen modernen Rechtsrahmen: Arbeitsstättenverordnung reformieren!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. Februar 2021
(Drucksache [20/834](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/411

Zweites Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Bestimmungen im Zusammenhang mit den Anforderungen aus der Corona-Krise

Mitteilung des Senats vom 19. Januar 2021
(Drucksache [20/778](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 20/412

Zweites Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Bestimmungen im Zusammenhang mit den Anforderungen aus der Corona-Krise

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 15. Februar 2021
(Drucksache [20/822](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 20/413

Zweites Gesetz zur Änderung des Bremischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 2. Februar 2021
(Drucksache [20/804](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/414

Zweites Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Juristenausbildung und die erste juristische Prüfung

Mitteilung des Senats vom 16. Februar 2021
(Drucksache [20/824](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 20/415

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 16

vom 19. Februar 2021
(Drucksache [20/838](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/416

Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen – Erste Verordnung zur Änderung der 24. Coronaverordnung

Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/844](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 20/417

10. März: Tag der Solidarität mit Tibet

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE, der CDU und der FDP
vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/846](#))

Gemäß § 87 Satz 2 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft beschließt die Bürgerschaft (Landtag), dass das Haus der Bürgerschaft in diesem Jahr sowie in den Jahren 2022 und 2023 jeweils am 10. März mit der Flagge Tibets beflaggt wird.

Nr. 20/418

Nachhaltigkeit fördern – Hauskauf im Altbestand attraktiver machen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. August 2019
(Drucksache [20/47](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/419

Nachhaltigkeit fördern – Hauskauf im Altbestand attraktiver machen!

Bericht der staatlichen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung
vom 2. Oktober 2020
(Drucksache [20/642](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung Kenntnis.

Nr. 20/420

Waren aus dem entfallenen Wintergeschäft sinnvoll verwenden – Entsorgung verhindern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 17. Februar 2021
(Drucksache [20/833](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. unter Einbeziehung der City-Initiativen zu ermitteln, welche in Bremen und Bremerhaven ansässigen Einzelhändlerinnen und Einzelhändler von den Sonderregelungen im Rahmen der Überbrückungshilfe III Gebrauch machen und welche konkreten Mengen an Waren insgesamt in Bremen und Bremerhaven infolge der neuen Sonderregelungen vom Markt genommen oder anderweitig weitergegeben werden sollen;
2. im Austausch mit den City-Initiativen und den Unternehmen in Bremen und Bremerhaven Konzepte zum Umgang mit den Warenbeständen zu erarbeiten, die sie vor der Entsorgung bewahren (zum Beispiel Weitergabe zum Zweck der Spende);
3. unter Beteiligung der City-Initiativen Kontakt mit Wohlfahrtsverbänden, Hilfsorganisationen und sozialen Einrichtungen in Bremen und Bremerhaven aufzunehmen, um konkrete Bedarfe nach bestimmten Waren zu identifizieren, und Spenden zu wohltätigen Zwecken zu ermöglichen; dabei ist sicherzustellen, dass keine Warenströme entstehen, die Textilmärkte anderer Länder bedrohen;
4. zu prüfen, ob die anfallenden Mehrkosten (für Sammlung, Lagerung, Verteilung oder ähnlich) aus Mitteln des Bremen Fonds übernommen werden können;
5. auf Bundes- beziehungsweise Europaebene auf eine Klärung der skizzierten rechtlichen Fragestellungen hinzuwirken und gegebenenfalls die Durchsetzung der Obhutspflicht (nach § 23 Absatz 2 Nr. 11 Kreislaufwirtschaftsgesetz) sicherzustellen;
6. der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit und der staatlichen Deputation für Klima und Umwelt drei Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Nr. 20/421

Ein Auszubildenden-Wohnheim für Bremen realisieren

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. Februar 2021
(Drucksache [20/821](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

1. Die Schaffung von Auszubildenden-Wohnheimen ist ein geeigneter Beitrag zur Sicherung von ausreichendem und angemessenem Wohnraum junger Menschen und zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.
2. Der dafür angedachte Standort Jacobus-Haus ist auch vor dem Hintergrund der erfolgreichen Zwischennutzung des Gebäudes durch das KulturNetzwerk Zucker e. V. und zugunsten einer zügigen Alternativstandortsuche nicht weiterzuverfolgen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, Planungen für ein erstes Auszubildenden-Wohnheim im Land Bremen unverzüglich wieder aufzunehmen. Ziel ist ein Wohnraumangebot für Auszubildende, das mit den Konditionen des Studierendenwerks vergleichbar ist. Dazu ist
 - a) die Suche nach geeigneten Grundstücken oder Bestandsimmobilien im Eigentum der öffentlichen Hand, der städtischen Gesellschaften oder von interessierten gemeinnützigen Akteuren sowie die Klärung geeigneter Finanzierungskonzepte für das Bauvorhaben bis drei Monate nach Beschlussfassung vorzunehmen,
 - b) im Rahmen der Erstellung eines Finanzierungskonzepts das Gespräch über Finanzierungsbeiträge der Sozialpartner, beispielsweise über Handels-, Handwerks- und Arbeitnehmerkammer, zu suchen,
 - c) die identifizierte Immobilie mit dem zugehörigen Finanzierungskonzept, sofern erforderlich, zügig auszuschreiben und die Projektentwicklung und den Betrieb des Wohnheims mit sozialen Unternehmen zu vereinbaren.
4. Der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit ist regelmäßig über Fortschritt und Umsetzung zu berichten, erstmals drei Monate nach Beschlussfassung.

Nr. 20/422

Bremen als Notlageland für Alleinerziehende – Forderung nach Vorlage einer Senatsstrategie und eines Bildungs-, Arbeits- und Teilhabeprogramms anstelle von Aktionismus ohne Plan!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Februar 2021
(Drucksache [20/829](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/423

„Aktionsplan Alleinerziehende“ Zwischenbericht zur Vorbereitung und zum Umsetzungsstand des Landesprogramms

Mitteilung des Senats vom 28. Juli 2020
(Drucksache [20/563](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/424

Aktionsplan „Alleinerziehende“ auflegen

Mitteilung des Senats vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/814](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/425

Ausbildung auch in der Corona-Krise sichern – Schutzschirm für Ausbildungsplätze aufspannen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. Juli 2020
(Drucksache [20/534](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/426

Ausbildung auch in der Corona-Krise sichern – Schutzschirm für Ausbildungsplätze aufspannen

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit
vom 7. September 2020
(Drucksache [20/590](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit Kenntnis.

Nr. 20/427

Regierungserklärung des Senats zum Thema: „Bekämpfung der Corona Virus SARS-CoV-2-Pandemie“

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/428

Fragestunde

1. Personaldienstleister im Hafen
Anfrage der Abgeordneten Jörg Zager, Martin Günthner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 21. Januar 2021
2. Wissenschaftliche Begleitung der Impfkampagne gegen das Coronavirus SARS-CoV-2
Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Janina Brünjes, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 21. Januar 2021
3. Reaktivierung der Bahnstrecke Moorexpress – Eine weitere Strecke für das Wasserstoff-Zeitalter?
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 21. Januar 2021
4. Klatschen reicht nicht – Corona-Prämien in der Sozialen Arbeit
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 22. Januar 2021
5. Auslastung des Studienganges „Lehramt Inklusive Pädagogik/Sonderpädagogik an Gymnasien/Oberschulen“
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 26. Januar 2021

6. Armutssichernde Löhne bei Bewachungsdiensten im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 27. Januar 2021
 7. Extremistische Strukturen der Partei DIE LINKE
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 27. Januar 2021
 8. Auswirkungen der Corona-Krise auf Mini-Jobberinnen und Mini-Jobber
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 27. Januar 2021
 9. Verstoß gegen die Nebentätigkeitsverordnung durch den Bremerhavener Magistrat
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 27. Januar 2021
 10. Novellierung von Bremischen Landesgesetzen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 27. Januar 2021
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
11. Homeoffice für Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 28. Januar 2021
 12. Schwangerschaftsabbrüche in Bremerhaven endlich wieder ermöglichen
Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Ute Reimers-Bruns, Holger Welt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 9. Februar 2021
 13. Nach positivem Schnelltest infektiös durch die Stadt?
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Februar 2021

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/429

Zeit für echte Gleichberechtigung: Parität in Bremer Parlamenten

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 4. Februar 2021
(Drucksache [20/809](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft,
 - a) ein externes Rechtsgutachten zur Überprüfung einer Paritätsregelung im Bremischen Wahlgesetz in Auftrag zu geben, in dem die verfassungs- und wahlrechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung von gesetzlichen Quotierungsregeln untersucht und konkrete Gesetzesformulierungen vorgeschlagen werden; dieses Gutachten soll sich auf die Bürgerschaft (Landtag), die Stadtbürgerschaft, die Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung sowie auf die Beiräte beziehen; dabei sollen unter anderem folgende Fragen im Gutachten Berücksichtigung finden:
 - aa) Inwiefern lässt sich eine paritätische Regelung, die mit der Bremischen Landesverfassung (BremLV) und dem Grundgesetz vereinbar ist, im Bremischen Wahlgesetz verankern?

- bb) Inwieweit sind dabei die bisherigen Urteile zu den Paritätsgesetzen aus Brandenburg und Thüringen auf das bremische Recht übertragbar? Inwiefern bestehen rechtliche Bedenken für Bremen?
 - cc) Falls eine Verankerung eines Paritätsgesetzes verfassungsrechtlich nicht möglich erscheint, welche Änderungen der Landesverfassung wären notwendig, um ein Paritätsgesetz verfassungskonform verabschieden zu können?
- b) Dem Ausschuss für die Gleichstellung der Frau fortlaufend zu berichten.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) beabsichtigt, den sich aus Ziffer 1 a) des Antrags ergebenden Gesetzesentwurf vor seiner endgültigen Verabschiedung gemäß Artikel 140 Absatz 1 BremLV, § 24 Gesetz über den Staatsgerichtshof dem Staatsgerichtshof zur Prüfung vorzulegen

Nr. 20/430

Gesetz zum Staatsvertrag zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag 2021 – GlüStV 2021)

Mitteilung des Senats vom 19. Januar 2021
(Drucksache [20/777](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 20/431

Betrieb von Photovoltaik-Anlagen nach Ende der EEG-Förderung

Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/596](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 2020
(Drucksache [20/663](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/432

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Digitalisierung und Klima- und Umweltschutz gemeinsam denken
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 15. September 2020
(Drucksache [20/612](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 3. November 2020
(Drucksache [20/686](#))
2. Für eine menschenwürdige Altenpflege – Präsenzquote flexibilisieren!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. September 2020
(Drucksache [20/631](#))

3. „Music was my first love“ – Musikclubs als Kulturorte anerkennen und fördern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD vom 29. September 2020
(Drucksache [20/636](#))
4. Inklusion im Bremischen Wissenschaftssystem stärken – Barrierefreiheit und Interessenvertretung sicherstellen!
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD vom 30. September 2020
(Drucksache [20/638](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 8. Dezember 2020
(Drucksache [20/747](#))
5. Mit gutem Beispiel vorangehen – Öffentliche Gebäude ökologischer gestalten!
Antrag der Fraktion der CDU vom 10. September 2019
(Drucksache [20/51](#))
6. Mit gutem Beispiel vorangehen – Öffentliche Gebäude ökologischer gestalten!
Bericht der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie vom 2. Oktober 2020
(Drucksache [20/641](#))
7. Freiräume für Jugendvertretungen im Land Bremen
Antrag der Fraktion der CDU vom 6. Oktober 2020
(Drucksache [20/648](#))
8. Gender Pay Gap in der Bremer Hochschul- und Wissenschaftslandschaft verringern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD vom 30. Oktober 2020
(Drucksache [20/673](#))
9. Gemeinsam mit aller Kraft gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen im Land Bremen!
Antrag der Fraktion der CDU vom 3. November 2020
(Drucksache [20/684](#))
10. Aufklärung und Ahndung von Straftaten im Zusammenhang mit Kindesmissbrauch muss höchste Priorität haben!
Antrag der Fraktion der CDU vom 15. Juni 2020
(Drucksache [20/444](#))
11. Aufklärung und Ahndung von Straftaten im Zusammenhang mit Kindesmissbrauch muss höchste Priorität haben!
Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres vom 3. Dezember 2020
(Drucksache [20/732](#))
12. Clankriminalität nachhaltig und koordiniert vorbeugen und bekämpfen
Mitteilung des Senats vom 10. November 2020
(Drucksache [20/698](#))
13. Wie kommt Bremerhaven durch die Corona-Pandemie?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. Dezember 2020
(Drucksache [20/752](#))
D a z u

Mitteilung des Senats vom 16. Februar 2021
(Drucksache [20/825](#))

14. Verfahrens- und Auswahlprozess im Handlungsfeld „Klimaschutz“
schneller und transparenter gestalten!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Dezember 2020
(Drucksache [20/760](#))
15. Präventive Schuldnerinnen-/Schuldnerberatung weiterentwickeln
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 20. Januar 2021
(Drucksache [20/783](#))
16. International verpflichtendes Meldesystem für auf See verlorengangene Container einführen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/791](#))
17. Arbeitsschutz stärken, Beschäftigte schützen
Antrag der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/800](#))
18. Anerkennung einer Berufskrankheit durch SARS-CoV-2 für weitere Berufsgruppen
Antrag der Fraktion der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/801](#))
19. Die EU-Whistleblower-Richtlinie umfassend umsetzen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 27. Januar 2021
(Drucksache [20/802](#))
20. Bleimunition verbieten! – Gesetz zum Verbot bleihaltiger Munition bei der Jagdausübung
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 14. Januar 2021
(Drucksache [20/776](#))
21. Bienenbestand im Land Bremen statistisch erfassen und schützen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/811](#))
D a z u
Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/840](#))
22. Kindersicherheit stärken, Bußgelder erhöhen!
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/812](#))
23. Faxgeräte in der Bremer Verwaltung überflüssig machen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/813](#))

24. Stufenweiser Wiedereinstieg: Sport ermöglichen und Gesundheit schützen!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/845](#))